

CHEF DER BRITISCHEN FINANZAUF SICHT

29.09.2010 14:13 Uhr

Lord Turner brüskiert Regierung bei Finanzsteuer

Deutschland und Frankreich fordern die Finanztransaktionssteuer schon lange. In Großbritannien hat sie dagegen bisher nur einen prominenten Befürworter. Dessen Wort hat allerdings Gewicht: Lord Adair Turner, Chef der mächtigen britischen Finanzaufsicht FSA, plädiert für die Abgabe – und widerspricht damit der Regierung in London.

von Ruth Berschens



Der britische Finanzaufseher Lord Adair Turner befürwortet eine Steuer auf spekulative Geschäfte. Quelle: ap

BRÜSSEL. „Wir müssen uns ernsthaft mit der Finanztransaktionssteuer beschäftigen“, sagte Turner im Gespräch mit dem Handelsblatt. Die Abgabe könne durchaus „einige positive Effekte“ haben.

Turner geht damit auf Distanz zu seiner eigenen Regierung, die eine Besteuerung von Finanzgeschäften kategorisch ablehnt. Deutschland und Frankreich lassen dennoch nicht locker. Beim informellen EU-Finanzministerrat (Ecofin) Ende der Woche wollen die beiden großen EU-Länder erneut versuchen, die Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Entschiedenem Widerstand dagegen leistet neben dem britischen Schatzkanzler George Osborne auch der schwedische Finanzminister Anders Borg. Bedenken äußerte auch EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta.

In dem Konflikt schlägt sich der britische Chefaufseher auf die deutsch-französische Seite. Er betonte, dass der Finanzsektor keine Mehrwertsteuer entrichten muss und daher „steuerlich nicht so stark belastet wird wie andere Wirtschaftssektoren“. Für die Zukunft müssten die Europäer aber „ein faires Steuersystem schaffen“. Deshalb müsse man auch darüber nachdenken, Finanzmarktgeschäfte zu besteuern.

Die Abgabe solle insbesondere jene Aktivitäten an den Finanzmärkten treffen, „die über das gesellschaftlich optimale Niveau hinaus aufgebläht wurden“. Eine Steuer auf diese spekulativen Geschäfte „würde nicht schaden und hätte vielleicht sogar positive Auswirkungen“, so Turner.

Er erinnerte daran, dass viele Länder bereits heute eine Stempelgebühr auf den Aktienhandel erheben. „Diese Abgabe ist aber eher ineffizient, denn sie wird durch den elektronischen Handel und den Derivate-Handel untergraben“, sagte Turner. Natürlich sei die Gefahr groß, dass die Finanztransaktionssteuer gleich welcher Art mit neuen Handelsmethoden oder neuen Finanzprodukten umgangen wird. Experten könnten aber Wege finden, um die Steuervermeidung in vertretbaren Grenzen zu halten.

Turner bemängelte außerdem, dass es im Steuersystem „eine Verzerrung zugunsten von Fremdfinanzierung und Schulden“ gebe. Dagegen helfen könnten die vom Baseler Ausschuss vorgeschlagenen neuen Eigenkapitalvorschriften für Banken. Wenn die Banken mehr Eigenkapital vorhalten müssten, sinke automatisch die Verschuldung. Davon würden die öffentlichen Haushalte indirekt profitieren, denn Schulden seien steuerlich absetzbar.

„Aufsicht nicht politisieren“

Mit einem gewissen Misstrauen blickt Turner auf die neuen EU-Aufsichtsbehörden für Banken, Börsen und Versicherungen, die am 1. Januar in London, Paris und Frankfurt ihre Arbeit aufnehmen. „Wir müssen sicherstellen, dass diese Behörden gute technische Arbeit machen und nicht politisiert werden“, sagte er. Die Bemerkung zielt vor allem auf die EU-Börsenaufsicht ESMA in Paris. „Es gibt die Sorge, dass die ESMA Dinge tut, die einer politischen Agenda folgen und nicht im Interesse von Anlegern und Verbrauchern sind“, sagte Turner. Damit spielt er auf Befürchtungen in der Londoner City an, dass die ESMA unter dem Druck der französischen Regierung den Finanzplatz Paris begünstigen könnte. „Den Wettbewerb der Finanzplätze müssen wir aus der Arbeit der EU-Finanzaufsicht klar heraushalten“, forderte Turner.

Kein Verständnis zeigte er für die Beschwerden der europäischen Banken, dass sie im Wettbewerb mit den US-Geldinstituten benachteiligt seien. Die Eigenkapitalstandards der US-Banken seien teilweise härter als in Europa. „Einige Amerikaner sagen, dass Basel II ihre Kapitalanforderungen schwächer machen würde. Darin ist ein Kern von Wahrheit.“ Klagen der europäischen Geldwirtschaft über die angeblich zu schwachen Eigenkapitalstandards in den USA „müssen mit Vorsicht genossen werden“, so Turner.

Der Chefaufseher

Karriere: Auf dem Höhepunkt der weltweiten Bankenkrise im Herbst 2008 wurde der heute 54-jährige Lord Adair Turner Chef der mächtigen britischen Bankenaufsicht FSA. Vorher hatte er Karriere sowohl in der Industrie als auch in der Finanzwirtschaft gemacht. Seine berufliche Laufbahn begann bei dem Mineralölkonzern BP. Später arbeitete Lord Turner für Chase Manhattan, McKinsey und Merrill Lynch.

Aufträge: Im Auftrag der britischen Regierung leitete Turner mehrere Expertenkommissionen unter anderem zur Rentenpolitik und zum Klimawandel. Der Ökonom und Historiker ist außerdem als Gastprofessor an der London School of Economics tätig.

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).